

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 1,75 einschließlich
Erhaltungslohn. Erscheint täglich wochentags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Böck, Bad Homburg v. d. H.

Saunus-Post - Homburger Lokalblatt

Einzelgenosse: Die sechsgepaltene 45 mm breite Kompartimen-
telle kostet 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Abonnement
92 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstraße 26. — Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nr. 150.

Donnerstag, den 30. Juni 1927.

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Durch Beschluß des Reichstages sind die Mieterschutzesetze bis zum 31. Dezember 1927 verlängert worden.

— Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zu einer Sitzung gemeinsam mit dem Handelspolitischen und dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht der weitere Bericht über den Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz.

— Reichskanzler a. D. Dr. Cuno wird in Stockholm eintreffen, um als Mitglied der deutschen Delegation während einiger Tage an den Verhandlungen des internationalen Handelskammerkongresses teilzunehmen.

— Gegenüber der Behauptung, daß einem vom Sekretariat des Völkerbundes in Aussicht genommenen deutschen Vertreter in der Informationsabteilung des Völkerbundes vor seiner Ernennung die Stelle eines vortragenden Legationsrates im Auswärtigen Amt oder eine entsprechende Amtsbezeichnung verliehen würde, ist festzustellen, daß diese Meldung jeglicher Grundlage entbehrt.

— Der Finanzausschuß der französischen Kammer hat mit der Prüfung des Budgets des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Haushaltsplan für 1928 begonnen und entsprechend dem Antrag des radikalen Abgeordneten Paganon 200 000 Franken für die Veröffentlichung der diplomatischen Akten über den Ursprung des Krieges eingeleitet.

— Ein ehemaliger Offizier der Kaiserlichen Armee namens Ralzin, auf dessen Befehl seinerzeit über 80 Mann erschossen worden sind, wurde in Moskau zum Tode verurteilt.

Die Kriegsschuldlüge.

Die Frage nach der Schuld am Kriege, die man uns im Versailler Diktat ganz einfach in die Schuhe geschoben hat, ist damit trotzdem keineswegs erledigt. Immer weitere Kreise, auch des Auslandes, beschäftigen sich damit, und eine für uns befriedigende Lösung wird und muß kommen. Einen neuen Aufstoß dazu hat nun eine Rede des New Yorker Professors Zihler gegeben, mit der wir uns hier etwas näher beschäftigen wollen. Der Redner zitierte vor allen Dingen eine große Anzahl von englischen politischen Zeitungen und Zeitchriften, um nachzuweisen, daß Englands Außenpolitik beinahe seit dem Entstehen des Deutschen Reiches gegen dieses gerichtet war, wie sie überhaupt gegen jeden gerichtet war, der etwa neben England mächtig, weltbeherrschend werden wollte. Balfour wurde erwähnt, der einmal gesagt hat: Es ist unser Interesse, daß Länder, die wir nicht auffangen können, nicht von anderen aufgefangen werden. Curzon, der das Empire nicht als Zufallsprodukt, sondern als einen unentwurzeltbaren, von Gott eingepflanzten Trieb des Briten bezeichnete, so dem Imperialismus eine göttliche Weihe zuschreibend. An Freemans ersten Band der Geschichte der Bundesverfassungen vom Archaischen Bund bis zur Zerstörung der Vereinigten Staaten, der 1863 erschien, und dem kein zweiter folgte, wurde erinnert, um zu zeigen, daß auch Amerika der englischen Außenpolitik ein Dorn im Auge gewesen. Die Richtung gegen Deutschland lasse sich seit dem Berliner Kongreß, aber besonders seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts, deutlich erkennen. Schon am 1. Februar 1896 sei unmissverständlich in der „Saturday Review“ der Anspruch gestanden: Wenn Deutschland morgen erledigt sei, gebe es keinen englischen Handel, der nicht eine Aufbesserung erführe. Ähnliche Auslassungen, die auf einen Krieg hindeuten, haben sich mehrfach wiederholt, und die Mißstimmung ist bekanntlich zurzeit des Vorentkriegs besonders hoch gegangen. Bald nach seiner Verendigung, im Februar 1904, wurde die Entente Cordiale geschlossen, die Frankreich an England band, und kurz darauf reiste Eduard VII. nach Kopenhagen, wo er mit Jawovski eine lange Unterredung hatte, um den Faden nach Rußland hinüber anzuspinnen.

Als die Tangerkrise kurz darauf entstand, habe England, wie Roosevelt bezeugt, keine Vermittlung gewollt; dem Amerikaner schien es, daß England lebhaft wünschte, Deutschland gebemütigt zu sehen. Der Gedanke, 100 000 Mann am Kaiser Kanal zu landen, wurde damals zum erstenmal vertreten. Bei der Annexion Bosniens und der Herzegovina durch Österreich habe man ernsthaft den Krieg ins Auge gefaßt, ebenso ernsthaft 1912 im Balkankrieg. Kein Friede herrschte mehr in Europa, literarisch war man schon im Krieg, der 1914 endlich losbrach, wie es Oberst House, der Vertraute Wilsons, schon im Mai 1914 feststellte, daß Rußland und Frankreich Deutschland überfallen konnten. Und wie eine Nacht des Weltgeschicks erscheint es dem Redner, daß am Ende nun doch nicht England allein die Welt beherrscht, sondern Amerika neben ihm und vor ihm heute dastehet.

Auch in Österreich rührt man sich. So sprach auf der am Gedenktag des Mordes von Sarajewo und des Friedensvertrages von Versailles von der Kammer der Grazer deutschen Studentenschaft im Festsaal der Technischen Hochschule veranstalteten Protestkundgebung der Rektor der Hochschule, Prof. Koller, seine Befriedigung darüber aus, daß die Grazer Studentenschaft gemeinsam mit der ganzen deutschen Studentenschaft gegen die Kriegsschuldlüge Stellung nehme.

Der Kampf um das Rheinland.

Eine Interpellation im französischen Senat.

In der letzten Sitzung des Senats gab der Präsident bekannt, daß Senator Lemery seine vor 14 Tagen eingebrachte Interpellation über die Erklärungen Dr. Stresemanns über die Rheinflandräumung durch eine andere ersetzt habe, die sich ganz allgemein auf die Ausführungen Dr. Stresemanns im Reichstag zur Rede von Lameville beziehe. Lemery selbst hat in einem Schreiben an Briand diese neue Interpellation begründet. Es heißt hierin, die Verhältnisse hätten es bisher nicht gestattet, die frühere Interpellation vor dem Senat zu beraten.

Seither hätten die wichtigsten Ausführungen Dr. Stresemanns vom 23. Juni stattgefunden und eine Aenderung des Wortlauts der früheren Interpellation erfordert. Wenn wir, so schreibt Lemery wörtlich, auch mit Befriedigung feststellen haben, daß der Reichsaussenminister darauf verzichtet hat, die Auffassung zu vertreten, die er am 25. März vertreten hatte und absolutes Stillschweigen über das angebliche Recht Deutschlands, die Räumung des linken Rheinufer ohne Gegenleistung zu verlangen, bewahrte, so haben wir doch mit einiger Ueberraschung gelesen, daß die Herabsetzung der Truppenstärke im Rheinland ein Versprechen gebildet habe, von dem die Unterzeichnung des Locarno-Abkommens abhing, und daß dieses Versprechen Deutschland am 14. November 1925 gemacht worden sei.

Der Reichsaussenminister scheint hier dieser Note eine durchaus persönliche Auslegung zu geben und deshalb ist es von Bedeutung, ob die französische Regierung dieser Interpretation beitrifft oder sie ablehnt. Unter diesen Umständen wünsche er, Lemery, den Außenminister zu interpellieren über die Haltung, die die Regierung nach den Ausführungen Dr. Stresemanns einzunehmen gedenke und auch über die Interpretierung, die der Note der Vorkonferenz vom 14. November 1925 gegeben werden müsse.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Vereinfachte Geschäftstages.

Die Arbeitslage des Reichstages hat sich durch die gestrige Verweisung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzesetzes an den Finanzausschuß wesentlich vereinfacht. Bis auf das Reichsschuldengesetz sind alle wichtigen Fragen, die noch vor der Vertagung in Angriff genommen werden sollen, geklärt. Die Erledigung der Novelle zum Aufwertungsgesetz ist durch das Kompromiß der Regierungsparteien gesichert. Die Vollvorlage soll in dieser Woche noch dem Reichstage zugehen. Auch sind sich die Regierungsparteien in dem Sinne einig, daß entsprechend der Regierungsvorlage nur der Antisepfoll auf eine Mark, der Zoll für frisches Schweinefleisch auf 32 Mark erhöht werden soll. Die Frage des Sperrgesetzes und der Entschädigung der Standesherren ist ebenfalls einer Lösung sicher. Angeklagt ist allein noch die Frage des Reichsschuldengesetzes. Da abgesehen von diesem Gegenstand die Erledigung des parlamentarischen Arbeitsprogramms keine Schwierigkeiten mehr bietet, so glaubt man bestimmt bis zum 16. Juli fertig zu werden, wenn nicht sogar ein paar Tage früher.

Wo ist Daudet?

Die Pariser Groteske.

Die französischen Behörden sind eifrig bemüht, eine Spur von Daudet ausfindig zu machen, ohne allerdings bisher Erfolg gehabt zu haben.

Die durch die Entweichung Daudets veranlaßten Interpellationen kamen am Schluß der Kammersitzung zur Sprache. Justizminister Barthou widersetzte sich der Vertagung der Interpellationen. Die Regierung nehme den Fall außerordentlich ernst und wünsche nicht, daß die Einzelheiten der Untersuchung durch eine Verhandlung des Falles vor der Kammer gestört werde. Sie verlange daher die Zurückstellung der Interpellationen bis zum Schluß der Untersuchung. Der Sozialist Uhrh hielt dem Justizminister entgegen, daß seine Interpellation nicht die Entweichung Daudets betreffe, sondern die Verfolgungspolitik der Regierung überhaupt, deren unentschiedene und verworrene Methoden nur dazu dienen könnten, die Regierung selbst lächerlich zu machen. Der zweite Interpellant, der sozialistische Kommunist Lafout, begründete dann ebenfalls in kurzen Worten seine Interpellation. Der Justizminister Barthou stellte sodann die Vertrauensfrage auf Vertagung, die mit 350 gegen 185 Stimmen beschloffen wurde.

Aus Zürich wird zu der Angelegenheit gemeldet, daß bereits am Montag im Berner Bundeshaus die Ankunft Léon Daudets, der die Schweizer Grenze überschritten haben sollte, aus Lausanne signalisiert worden sei. Im Bundeshaus ist bis zur Stunde von der angeblichen Ankunft Léon Daudets nichts bekannt. Man vermutet, daß das Gerücht eine absichtliche Fälschung sei. Sollte Daudet wirklich in der Schweiz erscheinen, so wird er, solange er sich ruhig verhält, unbehelligt gelassen, falls kein Auslieferungsgesuch von Frankreich vorliegt. Sollte Frankreich die Auslieferung verlangen, so müßte nach dem schweizerisch-französischen Auslieferungsvertrag geprüft werden, ob ein Auslieferungsfall vorliegt.

Die geheime Telephonzentrale.

Bei der Durchsuchung der Räume der „Action Française“ wurde festgestellt, daß ein Klappenschränk der royalistischen Liga fünf Telephonleitungen aufwies, von denen allerdings zwei mit der Zentrale in Verbindung stehen, während die drei anderen Geheimleitungen zu sein scheinen. Der Klappenschränk wurde versiegelt. Es soll von Technikern festgestellt werden, wohin diese drei Leitungen münden. Der Chefredakteur der „Action Française“, Puje, von dessen Verhaftung verschiedene Blätter sprechen, will es nicht für ausgeschlossen halten, daß es sich um Leitungen handelt, deren sich die Camélot du Roi bedienten, als man das Gebäude umlagerte, in dem Daudet sich verbarrikadierte, um seiner Verhaftung zu entgehen.

England und Rußland.

Neue Erklärungen Gresh.

Nach einer Meldung aus London hielt Gresh dort eine neue Rede über die Politik der Sowjets, in der er u. a. betonte:

Die Politik der Sowjetregierung sei nicht russische Nationalpolitik, sondern eine Politik der allgemeinen Weltrevolution. Dies sei der Unterschied zwischen der Sowjetregierung und jeder anderen Regierung der Welt. Moskau unterwerfe sich dadurch von der gesamten Welt, daß es in die Angelegenheiten jedes anderen Landes eingreife. Die Sowjetregierung sei Diktatur oder Despotie, antidemokratisch und antiparlamentarisch. Die Erklärung, daß die Sowjetregierung nichts mit der Dritten Internationale zu tun habe, sei von genau so prohem Werte wie die Erklärung, daß Borodin nichts mit der Regierung in Moskau zu tun hätte. Die Sowjetpolitik der Weltrevolution werde festgehalten, weil sie international sei. Deshalb breche sie auch in China zusammen. Die Bewegung in China sei eine große nationale Bewegung. Es sei schwer, zu entscheiden, ob der Abbruch der Beziehungen mit Sowjetrußland ein kluger Schritt war. Dieser Abbruch der Beziehungen sei von der britischen Regierung nicht als Einleitung zu einem Krieg beabsichtigt gewesen.

Daher sei es ein Fehler, anzunehmen, daß man wegen des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen einem Kriege mit der Sowjetregierung näher sei als zuvor. Aber die Sowjetregierung benutze den Abbruch, um bei dem russischen Volk den Eindruck zu erwecken, daß Großbritannien beabsichtige, Krieg gegen Rußland zu führen. Es habe Anzeichen dafür gegeben, daß das russische Volk der auf eine Politik der Weltrevolution gerichteten Anstrengungen der Regierung etwas müde werde. Wenn die Sowjetregierung es von einem drohenden Angriff überzeugen könne, so würde sie eine nationale Stimmung schaffen und sich als wirklich nationale Partei hinstellen, die die russischen Interessen verteidige. Was die künftige britische Politik gegenüber Rußland anlange, so sollte man es in seinen inneren Angelegenheiten vollkommen allein lassen. Der Versuch, eine europäische Gesamtfrente gegen Rußland aufrecht zu erhalten, wäre unbedingt ein Fehler. Gresh drückte die Hoffnung aus, daß keine britische Regierung, welcher Partei sie auch sei, die Beziehungen mit Moskau auf irgendeiner Grundlage wieder aufnehmen werde, die nicht echt und aufrichtig ist. Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetregierung dürfe nur erfolgen, wenn die Politik der Weltrevolution aufgegeben werde und die Sowjetregierung eine Regierung sei, die nationale russische Ziele und Interessen verfolge. Dies müsse die Hauptbedingung für irgendeine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland sein.

Politische Tageskran.

— Die Abfindung der Standesherren. Im Reichstag war eine interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien über das Fürstentumsgesetz und die Abfindung der Standesherren. Die Mehrheit der Regierungsparteien sprach sich gegen eine Verlängerung des Fürstentumsgesetzes aus, da die Fürsten, die noch im Streit mit ihren Ländern sich befinden, Sicherheiten gegeben hätten, daß binnen kurzer Frist eine Veränderung erreicht werde. Nur das Zentrum trat für eine Verlängerung des Sperrgesetzes ein. Die Abfindung der Standesherren will man einem Schiedsgericht übertragen, das durch einen Reichsgerichtsrat gebildet wird und nicht nur nach juristischen, sondern auch nach politischen und Billigkeitsrücksichten entscheiden soll. Die preussische Regierung hält demgegenüber ihren Antrag aufrecht, der die Abfindung der Renten der Standesherren durch Gesetz verlangt, und zwar eine Abfindung mit 12% v. H.

— Die Rechte beantragt den Rücktritt der mecklenburgischen Vorkriegsregierung. Auf Anregung der Deutschnationalen und mit Unterstützung der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und der Volksfreien Partei ist dem Landtag folgender Antrag zugegangen: „Wir beantragen, der Landtag wolle gemäß § 53 der Landesverfassung beschließen: Das Staatsministerium wird abberufen“. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß im Vorkriegsausschuß Ministerpräsident Schroeder auf die Anfrage des Deutschnationalen Führers Dr. v. Dergin, ob das Ministerium bereit sei, seine Entlassung zu nehmen, geantwortet hat, daß es diese Absicht nicht habe.

← Eine Vorlage über Erhöhung der Vermögenssteuer. Dem Reichstag wird voraussichtlich noch vor den Sommer eine Vorlage des Reichsfinanzministeriums zugehen, die eine Erhöhung der Vermögenssteuer um etwa 10 v. H. fordert. Diese Vorlage soll damit begründet werden, daß einerseits bei der Verrückung des Vermögenssteuergesetzes in das Gesetz die Bestimmungen aufgenommen worden sind, daß falls das Einkommen der Steuer im Jahre unter 400 Millionen bleibt, eine Erhöhung der Steuer beantragt werden soll. Da nun im vergangenen Jahre das Mindesteinkommen um 40 Millionen überschritten ist, hält sich der Finanzminister zu der Vorlage für verpflichtet. Es ist indes fraglich, ob sich die Regierungsparteien auf die Zustimmung zu diesem Gesetz einigen werden.

← Zur Beamtenbesoldung hat die Deutsche Volkspartei im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Wir beantragen, die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald dem Landtag einen Gesetzentwurf über eine Verbesserung der Beamtengehälter vorzulegen und bis zur Erledigung der Gesetzesvorlage allen preussischen Beamten rückwirkend vom 1. April 1927 10 Prozent ihres Gehaltes als Vorschuß auf die neu festzusetzenden Gehälter zu zahlen.

← Wiederaufbau der Christlichsozialen Partei. Im Reichstag hat sich ein Ausschuss von Politikern konstituiert zur Vorbereitung einer für den Januar 1928 geplanten Feier des 50-jährigen Bestehens der Christlichsozialen Partei. Unter den Abgeordneten bemerkte man neben den bekannten Christlichsozialen Führern auch jüngere Reichstagsabgeordnete, die bisher nicht als Christlichsoziale hervorgetreten waren. — Die „D. A. Z.“, die diese Meldung bringt, bemerkt dazu: Es handelt sich hier um eine Gegenwirkung auf die starke Rührigkeit der altkonservativen Gruppe innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei.

← Bekämpfung der Falschmünzerei. Das Völkerbundskomitee für die Prüfung des Problems der Unterdrückung der Falschmünzerei hat die Arbeiten der ersten Session abgeschlossen. Das Komitee hat einen Vorentwurf ausgearbeitet, dessen endgültige Fassung auf den 10. Oktober festgesetzt werden soll. Der Text wird dann dem Völkerbundsrat unterbreitet. Das Projekt sieht die Einberufung periodischer Konferenzen vor, die sich mit der Einsetzung internationaler Kontroll- und Auskunftsbüros befassen sollen. Ferner sieht es vor, daß alle etwaigen Differenzen zwischen den vertragsschließenden Parteien, die sich auf die Anwendung und Auslegung der Konvention beziehen, falls sie nicht auf direktem Wege beigelegt werden, durch ein Schiedsgerichtsverfahren zu schlichten sind.

Strefemann spricht in Oslo.

Die Nobelpreisrede des Außenministers.

König Haakon von Norwegen erschien ohne vorherige Anmeldung in Oslo beim Reichsaußenminister, um ihm einen persönlichen Besuch abzustatten. Der König verweilte längere Zeit im Gespräch mit Dr. Strefemann, begab sich dann mit Gattin zur Universität, begrüßt vom zahlreichen Publikum. In der Aula der Universität, wo Dr. Strefemann seine Nobelpreisrede hielt, hatte sich ein zahlreiches Auditorium mit dem König an der Spitze eingefunden.

Der Reichsminister gab zunächst seinem Danke für die Verleihung des Nobelpreises Ausdruck und führte dann u. a. aus:

„Diese Auszeichnung gilt praktischer Politik. Sie bildet eine Einheit im Bezüge auf die Politik der Länder, die ähnliche Wege gegangen sind, gilt Deutschland, nicht einer einzelnen Persönlichkeit. Allerdings möchte ich das Wirken der einzelnen Persönlichkeit nicht unterschätzen. Aber — wenn es sich um große Ideen handelt, braucht der einzelne die Unterstützung seiner Mitbürger. Gerade in Deutschland ist teilweise

ein harter Kampf um die deutsche Außenpolitik geführt worden. Deshalb bin ich vielleicht am ehesten in der Lage, die Frage nach der Verfassung des heutigen Deutschland zu beantworten. Das heutige Deutschland ist vielfach nach Heftigkeiten beurteilt worden. Der Gedanke des Stiefers des Nobelpreises war, den von ihm selbst mit genialer Entschlossenheit entfalteten Naturkräften die dändigende Macht des Menschengeistes entgegenzusetzen. Daß die heutige

Entwicklung des deutschen Volkes

sich in solcher Richtung bewegt, ergibt sich daraus, daß die deutsche Verständigungs- und Friedenspolitik nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht einem tiefen Sehnen der deutschen Volksseele entsprochen hätte. Dabei kreuzen sich die Ideen des nationalen und des internationalen Zusammenwirkens. Dem deutschen Volke ist es nicht leicht gemacht worden, die nationale Idee in diesem Sinne zu vertreten und auf dem Wege zum Frieden mit führend zu sein. Der schwerste Verlust lag darin, daß die Mittelschicht, die früher die wichtigste Trägerin des Staatsgedankens gewesen war, völlig verarmte. Mit Fügen getreten und gedemütigt wandte sich die geistige Bewegung dieser Schichten in scharfer Kritik gegen ungerechtfertigte Angriffe von außen und betonte um so mehr die Erhaltung des Traditionellen im Innern.

Lotales.

Gedenktage für den 1. Juli.

1646 * Der Philosoph Gottfried Wilhelm v. Leibniz in Leipzig († 1716). — 1867 Die Verfassung des Norddeutschen Bundes tritt in Kraft. — 1881 * Der Philosoph Hermann Lotze in Berlin (* 1817). — 1890 Deutschland gewinnt von England Helgoland gegen Sansibar, Uganda und Witu in Afrika. — 1915 Die Armee Madagaskars erstickt in Afrika. — 1916 * Der Geograph Otfried Neelun in Paris (* 1837). — Beginn der engl.-franz. Sommeroffensive. — 1917 Ausrufung der konstitutionellen Monarchie in China.

Vorsicht bei Käufen auf Abzahlung.

Daß man auf Abzahlung gekaufte Sachen nicht veräußern darf, als ob man der unbefristete Besitzer wäre, weiß nachgerade wohl ein jeder, oder er könnte es wenigstens wissen, denn die Abzahlungsgehalte behalten sich ausdrücklich das Eigentumrecht vor, bis der letzte Pfennig abbezahlt ist. Dagegen glaubt wohl mancher, er könne, wenn er in Not gerate, einen auf Abzahlung gekauften Gegenstand verkaufen, und daß darin keine Unterschlagung erblickt werden könne, da er ja im Besitze des Pfandes sei, den er jederzeit wieder einlösen könne. Dieser Glaube ist ein Irrglaube, und eine derartige Handlungsweise wird von den Gerichten ohne weiteres als Unterschlagung angesehen. So wurde erst vor kurzem von einer Berliner Strafkammer ein Arbeiter, der einen Regulator für sieben Mark verkauft hatte und ihn nicht rechtzeitig einlösen konnte, zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt, obgleich das Vorliegen der Notlage nicht zu verkennen war. Derselbe Mann, der für 250 Mark Möbel auf Abzahlung gekauft und bereits 150 Mark abbezahlt hatte, wurden, da er die vereinbarten Ratenzahlungen nicht innehalten konnte, die Möbel wieder abgenommen. Also Vorsicht bei Ratenkäufen! Die Abzahlungsgehalte bestehen zumeist auf ihrem Schein und sind nicht geneigt, Gnade vor Recht ergehen zu lassen.

* Wettervorhersage für 1. Juli. Warm, heiter, vorübergehende Bewölkung.

* Die Geltungsdauer des Mieterschutz- und des Reichsmietengesetzes verlängert. Die Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes, die beide am 30. Juni abgelaufen wären, ist provisorisch bis zum 31. Juli, also um einen Monat, verlängert worden, da die Beratung im Reichstag vor dem 1. Juli nicht mehr möglich war.

* Erhöhte Invalidenversicherungsbeiträge. Da die Nichtbeachtung der durch Gesetz vom 8. April 1927 erfolgten Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung, abgesehen von den Strafverfügungen der Reichsversicherungsordnung, auch zu erheblichen finanziellen Schädigungen des Arbeitgebers führen kann, sei darauf hingewiesen, daß mit Wirkung vom 27. Juni ab die Beitragsätze für die Invalidenversicherung neu festgesetzt, d. h. erhöht worden sind. So müssen z. B. in der Lohnklasse I bei einem Wochenverdienst bis zu 6 Mk. statt bisher 25 Pfg. 30 Pfg. abgeführt werden. Die gegenwärtig gültigen Beitragsätze für die Lohnklassen I—6 (Klasse 6: Wochenverdienst von mehr als 30 bis 36 Mark) dürfen für nach dem 27. Juni d. J. fällig werdende Beiträge nicht mehr verwendet werden. Sie werden jedoch noch bis einschließlich 31. Juli verkauft. Vom 1. August d. J. ab werden die bisherigen Beitragsätze von keiner Stelle mehr

ausgegeben. Von da ab sind also auch für die Zeit vor dem 27. Juni rückständige Beiträge nach den neuen Bestimmungen des Gesetzes und damit auf Grund der erhöhten Beitragsätze zu entrichten.

* Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes. Ab 1. Juli 1927 tritt das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt beginnen die Arbeitsgerichtsbehörden ihre Tätigkeit, während Obergerichte, Kaufmannsgerichte und Arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse aufhören zu fungieren.

* Sommerausgabe 1927 des Reichs-Ruhrbuches. Die zweite Sommerausgabe des Reichs-Ruhrbuches ist soeben erschienen. Sie enthält außer den zahlreichen Änderungen, die seit dem Erscheinen der 1. Sommerausgabe in den Fahrplänen der Deutschen Reichsbahnen eingetreten sind, die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnen in Belgien, Großbritannien und Irland, Rußland, Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Memelgebiet, Italien, Griechenland, Mesopotamien, Palästina, Syrien, Ägypten und der Türkei. Der Preis beträgt wie bisher 6,50 Mk. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, die Bahnhöfe der Deutschen Reichsbahn, sowie auch die Sortimentsbuchhandlungen und Reisebüros entgegen.

* Vorsichtsmassregeln bei Gewittern. Sommergewitter pflegen besonders schwer zu sein. Die Luft nimmt durch starke elektrische Entladungen ein Reinigungsbad. Wenn aber der Donner auch noch so sehr grollt, so ist immer noch nicht gleich Grund zu Furcht und Schrecken. Trotzdem sollte man aber die nötigen Vorsichtsmassregeln nicht vernachlässigen. Ein Blitzableiter auf dem Hause schützt dieses, doch muß der Leiter auch immer richtig in Ordnung sein, sonst wirkt er nur Blitze anziehend. Innerhalb des Hauses vermeide man bei Gewittern immer die Nähe von Oefen.

* Feuerwehr. Gestern abend wurde die neue Motorspritze von der freiwilligen Feuerwehr eingeholt. An der Stadlgrenze, der Gassanfall, stand die Spritze zur Uebernahme bereit. Die Mannschaften marschierten in Zugkolonne auf, und unter den Klängen des Präsentiermarsches fuhr die neue Spritze, die mit Schleifen und Wirtlanden geschmückt war, vor. Sodann setzte sich der Zug in Marsch um das neue Gerät in das vorläufige Quartier in der Elisabethenstrasse zu bringen. Das Ereignis hatte zahlreiche Zuschauer herbeigelockt, sodaß man sagen kann, die ganze Bevölkerung zeigt ein großes Interesse für alle Erweiterungen, welche bei der freiwilligen Feuerwehr vorgenommen werden. Möge die aufs Modernste ausgestattete Motorspritze allen Erwartungen entsprechen, zum Schutz und Heil Homburgs. „Gut Wehr“.

* Homburger Schwimmklub. In der gestern abend stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden verschiedene Wünsche der Seebadbad A. S. zur Kenntnis gebracht und nach Aussprache unter den Mitgliedern angenommen. Das erste Schwimmfest wurde auf den 20. Juli festgesetzt. Die Mitglieder werden gebeten, sich zum Training für dieses Schwimmfest am kommenden Dienstag den 5. Juli, 6 Uhr nachmittags pünktlich einzufinden. Ein Kreisjugendschwimmfest ist im August geplant. Am kommenden Sonntag wird bereits eine Anzahl Sportschwimmer nach Schierstein fahren um sich bei dem dort stattfindenden Gaultersfest mit anderen Schwimmern im Kampfe zu messen. Hoffen wir, daß unsere eifrigen Schwimmer siegesgeehrt nach Hause zurückkehren.

* Geschäftsjubiläum. Herr Metzgermeister Georg Wächtershäuser, Luisenstr. 22, begeht morgen, den 1. Juli, sein 25. jähriges Geschäftsjubiläum. Herr Wächtershäuser hat es verstanden, aus kleinen Anfängen heraus sein Geschäft auf die heutige Höhe emporzuarbeiten. Klingt doch sein Name nicht nur geachtet und geehrt in seinem Kundenkreis, sondern auch unter seinen Kollegen. Der Jubilar kann mit Stolz auf seine bisherigen Erfolge zurückblicken und wünscht wir ihm ein weiteres Gedeihen seines Unternehmens.

Mensch und Menschen

Nach dem Roman „Die Glenden“ von Victor Hugo. (Nachdruck verboten.)

Herr Radeleine stand auf und sagte: „Zavert, Sie sind ein Mann von Ehre und ich achte Sie. Sie überstreifen Ihren Fehler. Auch ist es eine Belohnung, die mich angeht. Sie verdienen zu steigen, nicht zu fallen. Ich erwarte, daß Sie in Ihrem Amte bleiben.“ Zavert sah Radeleine mit seinen ehrlichen Augen an, in denen man das nicht eben aufgeklärte, aber strenge Gewissen zu sehen meinte, und sagte:

„Wenn ich hart und streng gegen Abeltäter war, habe ich mir oft gesagt: Wenn du einmal strauchelst! Wenn ich dich einmal auf einem Fehler ertappe, so fleh' dich vor! — Ich habe gestrauchelt, ich habe mich ertappt; um so schämmer. Herr Bürgermeister, das Interesse des Dienstes verlangt, daß Sie ein Beispiel statuieren. Ich verlange einfach die Absetzung des Inspektors Zavert.“

„Alles das wurde in demütigem, stolzem, verzweiflungsvollem und überzeugungsvollem Tone gesprochen, welcher dem wunderbar-ehrlichen Manne etwas seltsam Großartiges gab.“

„Wir werden sehen“, sagte Herr Radeleine und er reichte ihm die Hand.

Er ging. Herr Radeleine blieb in Gedanken sitzen und hörte auf den festen, sicheren Schritt, der sich auf dem Gehsteig des Korridors allmählich entfernte.

Fünftes Kapitel.

Der Prozeß Champmathieu.

Am Nachmittag nach dem Besuch Zaverts ging Herr Radeleine wie gewöhnlich an das Krankenbett Fantines. Er trat ein, ließ er die Schwester Simplice rufen.

Herr Radeleine nahm Schwester Simplice beiseite und empfahl ihr Fantine in ganz besonderem Tone, dessen die Schwester sich später wohl erinnerte.

Dann trat er zu Fantine selbst. Diese erwartete ihn täglich, wie man einen Sonnen- oder Freudenstrahl erwartet.

Später begab er sich wieder in die Bürgermeisterei und der Schreiber da bemerkte, daß er aufmerksam eine Karte von Frankreich besah, die an der Wand hing. Mit einem Mal schrie er aus: „Hier ist ein Mann auf dem Weg.“

Er mietete sich eine Schnellpost nach Arras, um dem Prozeß beizuwohnen, von dem ihm Zavert erzählt hatte. Wist ihr nun, wer Radeleine war?

Kein anderer wie Johann Baljean, der unter Verberung seines richtigen Namens sich bis zum Bürgermeister emporgearbeitet hatte.

Er wollte also nach Arras gehen, den falschen Baljean befreien und den wirklichen anzeigen. Ach, dies war das größte Opfer, der schmerzreichste Sieg, der letzte Schritt; aber es mußte getan werden. Trauriges Ge-



„Was tun? Großer Gott, was tun?“

schick! Er konnte vor den Augen Gottes zur Heiligkeit nicht gelangen, wenn er nicht in den Augen der Menschen wiederum in die Schande zurückkehrte!

Er nahm seine Geschäftsbücher und brachte sie in Ordnung. Dann warf er ein Paket Schuldverschreibungen kleiner Handelsleute ins Feuer, schrieb einen Brief und legte ihn zu.

Er suchte in seiner Tasche, nahm die Börse heraus und aus dieser einen kleinen Schlüssel. Diesen Schlüssel steckte er in ein Schloß, dessen Loch man in dem dunklen Muster der Papiertapete an der Wand kaum sah. Ein verborgener Schrank ging auf, ein Schrank zwischen der Ecke der Wand und dem Kaminmantel. In diesem Schrank befanden sich nur einige Lumpen; eine kleine Blau-

alte Beinkleider, ein alter Tornister und ein an beiden Enden mit Eisen beschlagener Knotenstod.

Rasch und mit einem einzigen Griff, ohne die Sachen anzusehen, die er so sorgsam und mit Gefahr aufbewahrt hatte, nahm er alles, Lumpen, Stod, Tornister und warf es in das Feuer.

Er schloß dann den geheimen Schrank wieder zu.

Alles brannte; der Knotenstod knisterte und warf Funken bis in die Mitte des Zimmers. Aus dem Tornister, der mit den schredlichen Lumpen darin sich verzehrte, war etwas herausgefallen, das in der Asche glänzte. Das dem kleinen Savoyarden gestohlene Einfrankstück.

Radeleine sah nicht in das Feuer; er ging noch immer in gleichem Schritt hin und her.

Mit einem Male fielen seine Blicke auf die beiden silbernen Leuchter, die in dem Feuerschein auf dem Kamin hell glänzten.

„Sieh!“ dachte er. „Da ist noch der ganze Baljean. Auch sie müssen zerstört werden.“

In der nächsten Minute konnten sie beide in den Flammen liegen, gleichzeitig aber glaubte er eine Stimme zu hören, die in seinem Innern rief: „Baljean! Baljean!“

„Ist jemand hier?“ fragte er laut.

Dann fuhr er mit einem Lachen, das dem eines Wild-

sinnigen gleich, fort: „Wie dumm bin ich! Es kann ja niemand da sein.“

Es war aber doch jemand da, freilich einer, den das menschliche Auge nicht zu sehen vermag.

Er stellte die Leuchter, die er noch in der Hand hielt, wieder auf den Kamin Sims.

Er schauderte jetzt mit gleichem Entsetzen vor den beiden Entschlüssen zurück, die er nacheinander gefaßt hatte.

Einen Augenblick bedachte er die Zukunft. Er überblickte mit unermesslicher Verzweiflung alles das, was er wieder auf sich nehmen mußte. Er sollte also Abschied von der so reinen, so nützlichen Existenz, von der Achtung aller, Abschied von der Ehre und der Freiheit nehmen! Er sollte das Haus verlassen, das er gebaut hatte, das kleine Zimmer! Alles erschien ihm jetzt so lieb und behaglich. Seine alte Haushälterin sollte ihm früh nicht mehr den Kaffee bringen! Großer Gott! Statt alles dessen die Nachtlinge, das Salzseifen, die rote Rutte, die Kette am Beine, die schwere Arbeit, der Kerkel, das harte Lager, alle die ihm so wohlbekannten Greuel!

Was tun? Großer Gott, was tun? ... (Schluß folgt)